



# Wie an der Eintreibung Sowjet-Rußlands gearbeitet wird

Wozu der Völkerverbund gebraucht werden soll — Die Verantwortung der SPD.

Genf. Aus London wird gemeldet, daß die englische Marine im Juni ein Kriegsschiff in der Ostsee abhalten werde. Die britischen Schiffsleute, die ihre Geschützstände nicht gegen die Sowjetmacht richten, werden nicht die Hauptkräfte des Demarshs, sondern die Besatzung und die Besatzungsdienstleistungen sein. Gleichwohl wird bekannt, daß die parlamentarischen Vertreter der englischen Industrie ihre Stelle nach Polen angetrieben haben. In demselben antikomunistischen Rahmen gehört es, daß der französische Völkerverbund die Antwort der Pariser Regierung auf Spanierische Fragen über die Sicherheitsrisiko in London übergeben hat.

Das imperialistische Frankreich bezieht darauf, daß Deutschland den Völkerverbund vor allem dadurch unterliege, daß es französische Truppen den ungeschützten Durchmarsch durch Deutschland zulasse.

Näherdem verbietet Frankreich jede Abwendung der gegenwärtig bestehenden Differenzen Deutschlands. Im parlamentarischen Ausschuss des Völkerverbundes, der im englischen Unterhaus liegt, hat gestern der französische Vertreter und ehemalige Minister Journeval gearbeitet, die wirtschaftliche Gefahr Europas welche nicht in einem französisch-deutschen Konflikt, sondern in der Organisation der ostlichen Völker unter Führung Sowjet-Rußlands.

Die deutsche Sozialdemokratie, die nicht besser weiß, als gegen Sowjet-Rußland zu haben und den Eintritt Deutschlands in die Völkerverbund der Imperialisten zu verlangen, ist dadurch in Deutschland die Haupttreiberin zu neuen Völkerverbänden.

## Das Ende des Sinowjew-Brief-Schwindsels

London, 26. Mai. „Daily Herald“ veröffentlicht den englischen Bericht der englischen Gewerkschaftsdelegation über die Sinowjew-Brief-Affäre. Nach dem Bericht der Untersuchung in Moskau konnte die Delegation keine Beweise nachweisen, daß der von Moskau veröffentlichte Brief genannte Sinowjew-Brief eine echte Fälschung sei. Der englische Gewerkschaftsrat hat diesen Bericht der Delegation gutgeheißen und fordert nunmehr die Einweisung einer Kommission aus Regierungsexperten und der Arbeiterpartei, damit dieser Schwindelschwindel endlich aus der Welt geschafft werde.

## Schlachtvieh für die französischen Bankiers

Polsische Arbeiter nach Marokko (Eig. Drahtm.) Paris, 26. Mai. Die französischen Militärbehörden werden in den nordfranzösischen Industriebezirken polnische Arbeiter für den Marokkofeldzug an. Man berichtet über 5000 französische Arbeiter für ihre Familie und nach Marokko französische Nationalität.

## Beweis für den kommunistischen Kampf gegen den Marokko-Kaufkrieg

Die „Humanité“ in der Marokkofrage verboten (Eig. Drahtm.) Paris, 26. Mai. Die französischen Protektorialbehörden in Marokko haben die Einführung und den Vertrieb der kommunistischen „Humanité“ in der französischen Marokkofrage verboten. Dies Verbot wird damit begründet, daß in einigen Artikeln des Blattes Militärpersonen anlässlich der kommunistischen Propaganda angeschlossen werden, wodurch die Disziplin und die Sicherheit der Besatzungstruppen gefährdet sei.

## Ein sowjetrussisch-österreichischer Konflikt

Wien, 26. Mai. Wegen einer sehr scharfen und aggressiven Rede des Außenministers Kaula gegen Moskau und den Bolschewismus hat heute die hiesige russische Gesellschaft alle Verhandlungen mit Wiener Industriellen und Kaufleuten über verschiedene Lieferungsverträge abgebrochen und die für den 9. Juni nach Moskau einberufenen Generalverhandlungen der österreichisch-russischen Handelsgesellschaft vorläufig abgelehnt, wenn nicht in den nächsten 48 Stunden alle Streitfragen beigelegt würden. Die Zahl der an der hiesigen Lieferungsverträge beteiligten Arbeiter, die etwa 40 000 betragen soll, werden in der morgigen Sitzung des Nationalrates an die Regierung und den Außenminister eine dringende Anfrage richten und die sofortige Beilegung des Konfliktes verlangen.

## Der Kampf der österreichischen Kommunisten gegen den Faschismus

(Eig. Drahtm.) Wien, 27. Mai. Die Dienstag-Nummer der „Roten Fahne“ wurde beschlagnahmt, weil sie den Generalstreik für den Beerdigungstag der von Faschisten getöteten Arbeiter propagiert. Dienstag vormittag veranstaltete die Studentengruppe der kommunistischen Partei eine Kundgebung gegen den Faschismus in der Aula der Universität. Dabei kam es zu heftigen Zusammenstößen zwischen Faschisten und kommunistischen Studenten. Am Dienstag abend hatten die Faschisten in einer großen Versammlung beschlossen, die Kommunisten hätten die Arbeiterfront aufzulösen, in der faschistischen Besetzung anzuerschließen. Daraufhin verbot die Polizei die Faschisten-Besetzung. Tausende von Arbeitern, die trotzdem dem Ruf der SPD, gefolgt waren, demonstrieren auf den Straßen. Sie wurden von Polizeigewalt überfallen. Es kam zu schweren Zusammenstößen. Die Polizei nahm eine Reihe Verhaftungen vor. Während die Sozialdemokraten die Erregung der Massen abzuwenden versuchen, organisiert die SPD, die mit wachsendem Erfolg den Kampf gegen die faschistische Reaktion an gegen die Regierung Ramel.

## Die Wiener Regierung verweigert österreichischen Arbeitern die Ausreise nach Rußland

(Eig. Drahtm.) Wien, 26. Mai. Die Reile der Arbeiter-Studien-Kommission österreichischer Arbeiter nach Sowjet-Rußland wurde von der Regierung verboten. Das Bundeskanzleramt, das sich in diesem Jahre das Mittelrecht, Fälle für Sowjet-Rußland auszuweisen, vorbehalten hat, verweigert die Ausstellung der Pässe. Wie der „Wiener Abend“ berichtet, sind die Gründe „rein politisch“. Das Bundeskanzleramt sei vor einiger Zeit in der Zeit eines Schriftstellers gelangt, das von Moskau ausgeht und bemerkt, daß es sich bei der Fahrt der österreichischen Arbeiter nicht um eine reine Einreisefrage handelt. Die Arbeiterbehörden sollen nach ihrer Ansicht einen revolutionären Kampf gegen die Regierung und nur allzu gegen die Sozialdemokraten beginnen. Auch die österreichische Regierung hat nun ihren Sinowjew-Brief.

## Faschismus in England

(Eig. Drahtm.) London, 27. Mai. Zum zweiten Male in einer Woche wurden die Geschäftsräume des Verordnungsamtes und der kommunistischen Zeitung „Commonwealth“ in Glasgow von Faschisten überfallen und demoliert. Der

Folgel gelang es, einen der Verbreiter zu verhaften. Es handelt sich um einen gewissen W. J. Coll, der vor einigen Monaten in die kommunistische Partei eingetreten ist. Er hat zugegeben, daß er als Spion für den Faschisten in die Partei eintrat worden war.

## Die SPD. kündigt die monarchistische Luther-Regierung

(Eig. Drahtm.) Berlin, 27. Mai. Der deutsch-spanische Handelsvertrag steht heute auf der Tagesordnung des Reichstages. Die Sozialdemokraten beschließen, um die Deutschnationalen zu zwingen, Farbe zu bekennen, gegen den Vertrag zu stimmen. Wie der „Berliner Börsenkurier“ heute schreibt, hatten in diesem Falle ca. 235 Befürworter 190 Ablehner gegenübergestellt. Den Ausschlag hätten somit nicht den Wölkischen die Kommunisten gegeben, denen sich unter allen Umständen die Möglichkeit geboten hätte, zugleich mit dem Handelsvertrag die Reichsregierung in Fall zu bringen. Angesichts dieser Gruppierung und weil sie dem Vertrag schärflich zustimmt, hat die Sozialdemokratie nunmehr beschlossen, es nicht auf eine Wiederstimmung ankommen zu lassen, sondern bei der zweiten Lesung die Stimme zu enthalten. In der dritten Lesung wird sie, vorausgesetzt, daß die Regierungspartei in der zweiten eine Mehrheit für den Vertrag aufbringt, gleichfalls für ihn stimmen. Die Deutschnationalen haben somit das erste Mal abgelehnt und sind eine Krise eingeleitet, die sie bei anderem Verhalten des Sozialdemokraten gewonnen hätte, entweder ihre früheren Beschlüsse umzuwerfen oder eine ihnen nahegehende Regierung in die unmittelbare Gefahr des Sturzes zu bringen.



## Hindenburgs „Reiter“-Mahnwachen

Keine Erhöhung der Beamtenbezüge Berlin. Die Luther-Regierung hat die in Form einer Entschließung zum Reichstag am 4. April beschlossene Anfrage über die Beamtengehälter mit einer Denkschrift beantwortet, in der nach den üblichen demagogischen Worten brutal erklärt wird, die Regierung könne mit Rücksicht auf die Finanzlage der öffentlichen Körperschaften, die Reichsbahn und die allgemeine wirtschaftliche Lage die Verantwortung für eine Erhöhung der Beamtenbezüge im gegenwärtigen Augenblick nicht übernehmen.

## Der Schmiegejobn Eberis aus dem Auswärtigen Amt herausgeflogen

Eine despektierliche Eintragung ins Fremdenbuch über Hindenburg II. Berlin, 27. Mai. Wie der „Kölnische Anzeiger“ hört, ist gegen den Einsatz im Auswärtigen Amt, Dr. Jänike, dem Schmiegejobn des verstorbenen Reichspräsidenten Eberit, der gegenwärtig dem Legationsrat Schwarz auf der Walländer Welle zugehört, infolge der Eintragung in das Fremdenbuch eines Schmeißens auf Gabel, die eine despektierliche Eintragung gegen den Reichspräsidenten aus Hindenburg enthielt, zum Auswärtigen Amt ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden. Dr. Jänike hat die despektierliche Eintragung in das Fremdenbuch bereits ausgegeben. Er ist bis zur Durchführung des Disziplinarverfahrens vom Dienst suspendiert worden.

## Der Kartoffelzoll soll den Valt der Junter und Industrieller befehlen

Der Prolet soll zahlen Die „Deutsche Bergwerkszeitung“, das Blatt der Kohlenkönige von Rhein und Ruhr, nimmt dieser Tage in sehr aufschreiender Weise zu den Agrarrollen Stellung. Der Solch des Kritikers verweist auf die sehr wichtigen innenpolitischen Punkte der Zollverträge. „Vor allem sollen die Agrarrollen einen Ausgleich bieten gegen den unentbehrlich gewordenen Industriezweig. Billige Preise als sehr vermag die deutsche Industrie der Landwirtschaft nicht zu stellen und damit fällt auch die Forderung mancher Betriebe zusammen, daß die von der Landwirtschaft benötigten Betriebsmittel wie Maschinen verbilligt werden müßten, was wiederum ein Schutzoll für die Landwirtschaft sei. Wenn aber der Landwirtschaft der Zollschutz verweigert wird, so wird dadurch ihre Kaufkraft geschwächt, und die muß sich ohne weiteres dem auf den Valt der Industrie auswirken. Die einzelnen Glieder innerhalb unserer Volkswirtschaft sind wechselseitig auf sich angewiesen und profitieren direkt und indirekt durch Subsidien.“

Die „einzelnen Glieder innerhalb unserer Volkswirtschaft“ darunter ist nichts anderes zu verstehen als die Industrielle einerseits, die industrielle Ausbeuterklassen andererseits. Die Agrarrollen — so legt das schwerindustrielle Blatt dar — sind ein Mittel des „Ausgleichs“ zwischen den agrarischen und industriellen Ausbeuterfraktionen, ein Mittel des wirtschaftlichen Bündnisses, dem das politische Bündnis im Zeichen Hindenburgs entspricht. Die Industrie und die Kartoffelkultivator, liefern sich gegenseitig, vermittels der Zölle das beständige Mittel zum Gegenseitigen. Die wohlhabenden Barone gehen ihren erblichen Brütern in Hindenburg denks zu verheizen: Billigere landwirtschaftliche Geräte und Maschinen gibt es nicht! Agrarrollen sind auch genügen! Die Gewerkschaften liefern hoffen andererseits, daß der Agrarroll und damit die erhöhten Einnahmen für Kartoffeln und Getreide die Junter zu gesteigertem Kauf von Maschinen anspornen wird. Wenn der Valt schreit in der Tat: „Die Schutzölle sollen keine Art Bräme darstellen, damit die Landwirtschaft (lies: die Spitze der Großagrarien) auf ihrem gegebenen technischen Stand stehen bleibt, sondern sie sollen gerade die Produktivkraft steigern, die Intensivierung ermöglichen.“ Nun ist aber diesem hoffnungsvollen Gedankengang, der Agrarroll in Wirtschaft nichts als eine „Prämie“, ein Ansporn zur Extensivierung, zum Schließen weiterer Wärseln auf dem Rücken der schweißenden und schweißenden Landarbeiter. Der Agrarroll führt ja gerade den beständigen Extraprofit, der sonst nur ruckweise durch zeitweilige ideologische Überheblichkeit im Konkurrenzkampf zu Gewinne erlangt werden konnte, also die Anwendung neuer Maschinen überflüssig. Alles Gewinnen „Erziehungsschulen“ usw. ist pure Grafologie. Es handelt sich rein um den (imperialistischen) Extraprofit, vermittels der staatlichen Gewalt herausgepumpt aus den Millionen Arbeitern und armen Bauern in Stadt und Land, die für jede Kartoffelkultivator im Konkurrenzkampf zu verlieren haben. Jedes Gewinnen jedesmal einige fremde Tribut in die Tasche jagen lassen. Wenn die Junter samt ihrem Anhang von Großbauern sich mit den Konzernherren aus der Industrie ökonomisch und politisch verbünden, geschieht es stets am Rücken des ärmlichen Volkswirtschafters; erst recht aber, wenn dieser Valt der zwei großen Völkerverbände durch den Zoll auf Brot und Kartoffeln befestigt wird.

## Die bayrischen „Volksgerichte“ vor dem Reichstag

In der Montagsagung des Reichstages wurde ein Gelegenheitswurf, welcher gegenüber Urteilen der bayrischen Landesgerichte das Wiederannahmeverfahren fordert, beraten. Obwohl der sozialdemokratische Redner, W. J. Coll, die Ansicht der Redner der Demokraten ablehnt und mit geistreichen Redensarten über Recht und Gerechtigkeit und mit Beispielen, die die Schandpraxis kennzeichnen, die Rechtsparieren zu überlegen, für diesen Gelegenheitswurf einzutreten. Der bayrische Staatsrat v. M. Klein betritt die Zulässigkeit des Reiches in der Frage der bayrischen „Volksgerichte“ und fand dabei die Zustimmung der bayrischen Volkspartei. Der Redner des Zentrums, der sich zum Wort gemeldet hatte, verurteilte auf das Wort und schwerte damit in die Front des Reichstages ein. Der Redner der Kommunisten, Genosse K. o. f. s., kennzeichnete die Ausnahmezustand in Bayern als eine besondere Gewalttätigkeit der bayrischen Reaktion. Die bayrischen „Volksgerichte“ hätten selbst nach der Weimarer Verfassung keine Geltungsbereich, denn mit dem Zusammenbruch der Weimarer Verfassung seien die bayrischen „Volksgerichte“ mit sich selbst in die Luft aufgelassen worden. Die bayrischen „Volksgerichte“ seien aber nicht nur ein Anachronismus, sondern auch ein Hindernis für die Entwicklung der bayrischen Arbeiterbewegung. Gegenüber den Urteilen der bayrischen Landesgerichte und der bayrischen Volksgerichte gegen die bayrischen Arbeiterbewegung, daß es die bayrischen Arbeiter seien, wie sie in Bayern und Preußen gegen eine Reichsarmee vorgebracht worden. Am Schluß seiner Ausführungen forderte Genosse K. o. f. s. nochmals eindringlich eine Generalamnestie für die politischen Gefangenen und wies die Bourgeoisie darauf hin, daß sie durch ihre Willkürherrschaft das Recht, auf dem sie ihre Klassenherrschaft aufbaue, selbst untergeben, denn das Proletariat wird auf den Weissen Tereus mit dem roten Tereus zu antworten wissen. Bei der Abstimmung traten die Parteien von den Wölkischen bis zum Zentrum gegen die Gelegenheitswurf auf, während die Kommunisten, Sozialdemokraten und Demokraten für die Annahme waren.

Die Kommunisten riefen dem Zentrum zu, das sich die Leute, die sich Arbeitererzieher nennen und wissen die Sozialdemokraten auf die reaktionäre Politik ihrer „Völkerverbände“ beziehen hin.

Da die erste Abstimmung unklar war, wurde durch Hammersprung abgelehnt. Die Sozialdemokraten Landberg, Reichel, Koenig, Koenig und andere drangen nunmehr auf die Zentrumströmung ein, um sie für die Annahme des Gelegenheitswurfes zu gewinnen. Der Gelegenheitswurf wurde dann mit 146 gegen 128 Stimmen angenommen. Dieses war zugleich die letzte Entscheidung der Reichsparieren und durch die Abstimmung des Zentrums. Das Zentrum löste sich in drei Teile auf, ein Teil stimmte für den Gelegenheitswurf, ein Teil dagegen und der Rest enthielt sich der Stimme.

## Verhaftung Thälmanns abgelehnt

Der Untersuchungsrichter beim Landgericht in Rummberg hatte beim Reichstag die Genehmigung auf Verhaftung eines Hochfahrers gegen den Genossen Thälmann nachgesucht. In der Montagsagung des Reichstages wurde bei der Beratung einer Reihe nachgelagerter Genehmigungen zur Strafverfolgung von Abgeordneten, größtenteils Kommunisten, der Vorladung des Rechtsauschusses vom Reichstag angenommen, die Verhaftung des Genossen Thälmann abzulehnen. Das Strafverfahren gegen Genossen Thälmann, welches mit dem hannoverschen Otdorfaufstand zusammenhängt, wird jedoch weitergeführt.

## Ein Heberlandflug Moskau—Peking

(II.) Moskau, 25. Mai. Am 10. Juni beginnt der Heberlandflug von Moskau nach China über Sibirien, Mongolei und die Wüste Gobi. Die Strecke beträgt 6000 Kilometer und wird von sechs russischen Flugzeugen zurückgelegt. Dieser Flug bezweckt, zur politischen Annäherung zwischen Sowjet-Rußland einerseits und der Mongolei und China andererseits, beizutragen.







# Die zweite Reichskonferenz des R.F.B.

am 22. und 23. Mai 1925 in Berlin

Die zweite Reichskonferenz des R.F.B., die im Anschluß an den Berliner Frontkämpfertag in den 20er Jahren stattfand, fand unter der Leitung des gewaltigen Massenorganisators der roten Frontkämpfer aus allen Teilen des Reiches. Der Geist und die muster-gültige Disziplin, die den Aufmarsch der Massen am Donnerstag befehlte, fand auch seinen Ausdruck in der Tagung der Vertreter aus allen Bezirken. Referat, Vortragswesen und die Disziplin des Besonderen im Rahmen ihrer jeweiligen Aufgaben, die sie bewährte, das Beste für die Bewegung herauszufinden.

Die Tagung wurde durch den zweiten Bundesvorsitzenden, den Kameraden Willi Leow, eröffnet mit einem Hinweis auf den Massenaufruf. Die Bundesleitung erließ, nachdem Kameraden aus den Bezirken in das Präsidium zu wählen. Dem Vorschlag wurde fast einstimmig beigestimmt, an die Bundesversammlung die Roten Frontkämpfer und an die Mitglieder im Reichsjugendrat, die Roten Frontkämpfer und an die Mitglieder im Reichsjugendrat zu senden. Weitere Telegramme wurden geschickt an die Roten Frontkämpfer, an die Komittees und die Roten Frontkämpfer.

Sobald erhält das Wort zu einem ausführlichen politischen Referat der erste Bundesvorsitzende,

## Kamerad Thälmann.

Er geht in großen Zügen auf die nationale und internationale Lage ein und zeigt besonders, die sich anbahnenden imperialistischen Tendenzen und die Kriegsvorbereitungen der imperialistischen Staaten auf, deren Bedeutung für den R.F.B. besonders wichtig ist. Die sogenannte demokratisch-patriotische Aera des vergangenen Jahres wurde in dem Referat einer eingehenden Kritik unterzogen, um zu zeigen, daß sie nur dazu dienen sollte, die Kriegsvorbereitungen zu vertuschen. Das zeigt ganz klar und deutlich die jetzt einsetzende Epoche, die in allen Ländern offenbar, daß die Großbourgeoisie offen und brutal einen reaktionären Kurs befolgt, der zu gewaltigen Kräfteverschiebungen führen muß. Klar ist es, daß die internationale Tendenz eines Krieges der imperialistischen Staaten gegen Sowjet-Rußland. Dem müssen wir die größte Aufmerksamkeit widmen.

Nach weiteren eingehenden Ausführungen, die insbesondere die Lage in Deutschland betreffen, folgt der Kamerad Thälmann zu dem Schluß, daß die Bewegung des roten Frontkämpfer-Bundes aus der politischen Situation zu ziehen hat.

## Der rote Frontkämpfer-Bund muß auf die schärfste die imperialistische Kriegsgefahr bekämpfen.

durch die Sammlung aller Arbeiter, er auf dem Boden des Klassenkampfes stehen.

Aus dem Bericht der Bundesleitung, der nach dem politischen Referat gegeben wurde, geht hervor, daß die Organisation seit der ersten Reichskonferenz am 1. Februar 1925 eine ausgezeichnete Entwicklung durchgemacht hat. In den wichtigsten Industriezentren, in allen großen Orten, auf dem ländlichen Lande, überall bestehen starke Ortsgruppen des roten Frontkämpfer-Bundes. So hat z. B. der Bezirk Berlin-Standort seit Februar einen Zuwachs von 24 neuen Ortsgruppen mit entsprechender Mitgliedszahl. Im Ruhrgebiet sind in wenigen Monaten weit über 100 Ortsgruppen gegründet worden. Diese rapide Entwicklung hat natürlich zur Folge, daß sich organisatorische Schwächen zeigen. Diese müssen durch die größte Intensität beseitigt werden. Die Reichskonferenz, mit der Weg zeigen, der einzuhalten werden muß. Einen breiten Raum in der Berichterstattung der Bundesleitung durch den Kameraden Leow nahm das Verhältnis zum Reichsbanner ein. Das tatkräftige Vorgehen des R.F.B. in dieser Frage hat vielen proletarischen Kameraden im Reichsbanner die Augen geöffnet über die gewaltige Rolle, die die Frontkämpfer des Reichsbanners spielen. Es war richtig, während der Reichskonferenz und auch jetzt, gemeinsam mit dem Reichsbanner-Beuten die Forderungen zu schlagen. Das ist geeignet, den Proletariats im Reichsbanner den richtigen Weg zu zeigen. Sie erkennen, daß nur die rote Front den einheitlichen Kampf gegen die Reaktion führt und nicht die Reichsbannerführer nach dem Wulst nach Berlin, die sich durch die Zusammengehörigkeit von Mitgliedern des Reichsbanners mit roten Frontkämpfern bei der Bourgeoisie anbieten. Die gegenwärtige Politik ist fortzusetzen, um das Reichsbanner zu zerlegen. Ebenfalls gilt es, die schärfste Aufmerksamkeit allen fortschrittlichen Organisationen zu widmen. Um die Arbeiter zu mobilisieren, wird in der Woche vom 27. Juli bis 2. August eine Agitationswoche mit anderen Arbeiterorganisationen gegen Faschismus, Reaktion und imperialistische Kriegsgefahr stattfinden.

Die notwendigen Vorbereitungen dazu sollen schon jetzt vorgenommen werden.

An den politischen Bericht schloßen sich die entsprechenden Beschlüsse des Jungstümmers, Kamerad Richter, folge, verliert dann ein Begründungsschreiben des Zentralkomitees der Kommunistischen Jugend Deutschlands.

In der eingehenden Diskussion über den Bericht der Bundesleitung wurden alle für das Proletariat und besonders für den R.F.B. wichtigen Fragen eingehend diskutiert. Die Delegierten sind so in der Lage, die Forderungen auszuformulieren und entsprechende Beschlüsse für die Arbeit daraus zu ziehen. Interessant waren die Berichte der Vertreter aus dem besetzten Gebiet, die aufzeigen, mit welchen Schwierigkeiten dort zu rechnen ist. Die Delegation haben polemisiert gegen die „Waffenbrüderlichkeit“ mit schwarzrotgold. Gegen ihre falsche Auffassung in dieser Frage wandte sich der größte Feind der Revolutionäre.

Im Schlußwort zum Bundesleitungsbericht wurde darauf hingewiesen, daß es nötig vorwärts zu gehen, die Zeitung, die bisher nur vierwöchentlich erschien, erscheint nun vierwöchentlich in einem größeren Format. Notwendig ist die Mitarbeit aller Bezirke. Weiter wird Referentmaterial herausgegeben zur politischen Schulung der Mitglieder.

Zur Frauen- und Mädchenfrage wurde beschlossen, diese Abteilungen organisieren abzutrennen, um sie in eine zu gründende Frauenorganisation zu überführen.

Die Forderungsfrage wurde durch eine entsprechende Beschlüsse in zufriedenstellendem Sinne gelöst. Der rote Frontkämpfer-Bund hat seine Ziele mit dem Wort: Bundesleitung, die Bundesleitung soll einheitlich durch die Warenverteilungsstelle des R.F.B. in Berlin erfolgen. In den Provinzen sollen Lager eingerichtet werden.

Die aus den verschiedenen Bezirken gestellten Anträge finden eine für die Allgemeinheit förderliche Erledigung. Die Beschlüsse sind in Gange umzusetzen.

Eine im Entwurf stehende Resolution für die politischen Forderungen, sowie ein Aufruf an die Arbeiter wurden angenommen. Die Beschlüsse für die Bundesleitung wurden einstimmig angenommen.

1. Vorsitzender: Kamerad Thälmann.
2. Vorsitzender: Kamerad Leow.

# Der R.F.B. an die Arbeiter Deutschlands!

## Arbeiter, Klassengenossen!

Mit der Wahl Hindenburgs ist nur eine Epoche der reaktionären fälschlichen Entwicklung in Deutschland abgeschlossen. Hindenburg, der militärische Kopf der Konterrevolution als Präsident der Dames Republik ist ein gewaltiger Vorstoß der monarchistischen Reaktion und der Reaktionäre. Hindenburg, das ist die Reinkarnation der letzten großen Konterrevolutionen. Zuhilfenahme der von Kasse erhaltene Revolutionäre bezogen, daß Hindenburg nicht auf den Schultern der Kommunisten, sondern auf den Schultern der Edelmann, Braun, Seegering und Konjunktur in Berlin eingezogen ist.

## Die Wahl Hindenburgs ist die Antwort auf die Falschheit, Feigheit und behärdliche Vertreter der Novemberrepublik.

Diese republikanischen Kammergelehrten waren ja auch die ersten, die den monarchistischen Präsidenten zur Wahl beglückwünschten und ihm die Hand schüttelten. Für die Arbeiterklasse Deutschlands ist Hindenburg der „starke Mann“ der Reaktion, außen- und innenpolitisch eine große Gefahr. Die englische, französische und amerikanische Presse der Reaktionäre begrüßen Hindenburg als den Wandstempel der englisch-amerikanischen Kapitalisten gegen Sowjet-Rußland.

## Hindenburg, das ist der imperialistische Krieg. Hindenburg ist die Kampfanlage gegen den revolutionären Staat der russischen Arbeiter und Bauern.

Die imperialistischen Diplomaten lassen bereits hinter den Kulissen ihre militärischen Generalstabs in Tätigkeit treten. In Laboratorien, Werkstätten und Flugzeugfabriken ist eine übertriebene Tätigkeit in der Herstellung aller modernen Mittel der Massenvernichtung zu beobachten. Die Kapitalisten aller Länder rufen zum Kreuzzug gegen Sowjet-Rußland, um nach Niederwerfung des einzigen proletarischen Staates die revolutionäre Arbeiterklasse des eigenen Landes in Ketten legen zu können. Die klassenbewußten Arbeiter müssen die allgemeine Lage im deutschen und im internationalen Maßstabe mit größter Aufmerksamkeit betrachten und erkennen, daß gegen die weltweite konterrevolutionäre Front der imperialistischen Ausbeuter die rote revolutionäre Klassenfront des Proletariats zur Niederwerfung des Gegners organisiert werden muß.

## Das ist der Alarmruf, den die roten Frontkämpfer im Angesicht der Millionen Unterdrückten vor der Reichstagswahl des Kapitalismus gegen Faschismus und Reaktion.

## Wir roten Frontkämpfer erklären:

Gegen Hindenburg hilft nur der Klassenkampf. Gegen die Willkürungen der kapitalistischen Profiträger helfen nur die Willkürungen der proletarischen Einheitsfront. Wir roten Frontkämpfer sind der Ansicht, daß die von der A.S.D. im Oktober dieses Jahres angestellten Forderungen bei weitem reichlichen Willen die geeignete Grundlage für das Zusammenkommen der gemeinsamen Kampfbündnis bieten.

An die mit uns am Schrotlocher oder Baum, im Betrieb oder Hause unter den arbeitsmüden Arbeiterbeständen stehenden Lohnknechten rufen wir die Frage: Seid Ihr bereit, mit uns Schulter an Schulter für diese Forderungen zu kämpfen?

Die Schläge des Dames-Kommissars, die um den Hals der arbeitenden Bevölkerung Deutschlands gelegt ist, wird unter dem neuen Kurs der Reaktion noch fester ausgeübt werden. Die bürgerliche Korruption streift mit Recht von unten, daß gegen die weltweite konterrevolutionäre Front der imperialistischen Ausbeuter die rote revolutionäre Klassenfront des Proletariats zur Niederwerfung des Gegners organisiert werden muß.

Die Reichsbannerhilfe enthält weitere 30000 Arbeiter, um den Protest Morgans und die Brücken der deutschen Arbeiter zu sichern. Auch die Arbeiter verlangen ihren Anteil an der Ausgestaltung des deutschen Proletariats durch Forderung von Schutzstellen. Die eine weitere rapide Steigerung der Lebenshaltung der deutschen Arbeiterklasse bedeuten.

## Schon ist der Wahltag der deutschen Arbeiterkraft zum

Mit einem dreifachen kräftigen Rot Front und dem Gelang der Internationalen ging die Konferenz auseinander. Die Reichskonferenz wurde durch den Bericht der Bundesleitung, die sich durch die Zusammengehörigkeit von Mitgliedern des Reichsbanners mit roten Frontkämpfern bei der Bourgeoisie anbieten. Die gegenwärtige Politik ist fortzusetzen, um das Reichsbanner zu zerlegen. Ebenfalls gilt es, die schärfste Aufmerksamkeit allen fortschrittlichen Organisationen zu widmen. Um die Arbeiter zu mobilisieren, wird in der Woche vom 27. Juli bis 2. August eine Agitationswoche mit anderen Arbeiterorganisationen gegen Faschismus, Reaktion und imperialistische Kriegsgefahr stattfinden.

## Rote Frontkämpfer — Jungstümmen Auf zum Roten Pfingsten in Gisleben!

### Vom roten Frontkämpfertag in Berlin



Die Fahnendelegationen

größten Teil gerahmt, und es muß schon 9 bis 12 Stunden im Tag geschäftet werden. Durch die Unterfertigung Morgans hat sich der deutsche Kapitalismus auf Kosten des Proletariats mobilisiert. Während der Reichs prah, vorhundert der Arme.

Wer kämpft gegen diese unerrätlichen Zustände?

## Das Reichsbanner ist in Auflösung und Zerrüttung.

Die im Reichsbanner organisierten Proleten erkennen, daß sie mit der schwarzrotgoldenen Einheitsmethode, die Widerstand des imperialistischen Generalis nicht verhindern konnten. Die Unterstützung über den Ausgang des 26. April hat zum Teil zum Niedermarsch von ihrem falschen Weg geführt.

Demokraten und Zentrum stehen in der entscheidenden Frage des Bündnis mit den übrigen Fraktionen der Bourgeoisie dem Bündnis mit den Arbeiter vor.

Die proletarischen Kameraden des Reichsbanners kämpfen jetzt schon in immer größeren Scharen Seite an Seite mit der Frontkämpfern. Wenn der sozialdemokratische „Annenminister“ Seegering erklärt hat, daß die historische Rolle des Reichsbanners nach der Wahl Hindenburgs erledigt sei, so lagen mit roten Frontkämpfern die geschichtliche Aufgabe der Arbeiterklasse erst jetzt werden muß. Diese Aufgabe ist eine Frage des Kampfes allein in der roten Klassenfront.

## Rollt das schwarzrotgoldene Banner ein, entfaltet die rote Fahne! Heraus aus dem Reichsbanner, kommt zu uns!

Schon fordert die herrschende Klasse der Schlotbarone und Kräfte, unter immer trockener die gewaltsame Militarisierung der ausgehenden Jugend zu reaktionären Zuständen und zur Ausübung und Vorbereitung zum Kanonenfeuer eines neuen Krieges.

Das klassenbewußte Proletariat hat deshalb die Pflicht, aus den wehrhaften Männern, die schon auf den imperialistischen Schlachtfeldern für die kapitalistischen Interessen kämpfen, und aus den ungeschulten Jugendproleten ein proletarisches, diszipliniertes Heer des Klassenkampfes zu organisieren.

## Wir rufen deshalb die Arbeiterklasse zu: Trete ein in die Reihen der roten Frontkämpfer!

Die rote Front gegen die monarchistische Reaktion muß zugleich die proletarische Front gegen jeden imperialistischen Kapitalisten sein.

Die rote Frontkämpfer sind der Ansicht, daß die gegenwärtige Kampfbündnis, mit erneuerter Kraft zurückzuführen.

Die rote Front wird die einzige feste des Weltproletariats mit ihren Weibern führen.

Wir rufen den imperialistischen Verbänden zu: Hände weg von Sowjet-Rußland, denn die rote Front steht auf dem Boden der Herbeiführung der internationalen Einheitsfront des gemeinschaftlichen oder politischen Kampfes gegen den Imperialismus bedeckt.

Angesichts der am politischen Horizont sich zusammenlaufenden Geisteswölfe eines neuen, die Grütze des proletarischen Staates bedrohenden Krieges, rufen wir die Arbeiterklasse der ganzen Welt zu: Wie wieder imperialistischer Krieg — das Krieg den Kapitalismus!

Die deutsche Arbeiterklasse will leben, wenn die Millionenarmee wieder das rote Banner des Klassenkampfes entrollt. Unter dem bedrohenden Schritt der roten Arbeiterklasse wird der monarchistische Spieß ins Nichts zerfallen. Wir treten an, reißt Euch ein!

Es lebe der Klassenkampf! Es lebe die geschlossene rote Einheitsfront der Arbeiterklasse!

## Mit Rot Front!

## Reichskonferenz und Bundesleitung des R.F.B.

## Note Frontkämpfer und Reichsbannerleute kämpfen gemeinsam gegen die Faschisten

Sonntag, 27. Mai.

Am Sonntag und Montag veranstaltete der Stahlhelm von Nürnberg und Umgebung einen großen nationalen Rummel mit Bannerweife. Dabei kam es zu mehreren blutigen Zusammenstößen mit der Arbeiterkraft, die zu schweren Verletzungen auf beiden Seiten führten. Reichsbanner und Rote Frontkämpfer kämpften gemeinsam mit außerordentlichem Tapferkeit. Bandenführer und Stahlhelm gingen mit großer Gewalt, Dolchen und Gummiknüppeln gegen die Arbeiterkraft vor. Eine von Sonntage herbeigerufenen Hundertköpfer der Spio stellte sich auf die Seite der Faschisten und schlug die Arbeiter mit unerbittlicher Brutalität mit den Gummiknüppeln in die Brust. Reichsbanner und Frontkämpfer haben je zwei Schwereverletzte und zahlreiche Leichtverletzte. Die Stahlhelmer trugen ebenfalls Verwundungen davon. Der 1. Vorsitzende der Kommunistischen Partei und drei Mitglieder des R.F.B. wurden verletzt.

Der Vorfall spielte sich folgendermaßen ab:

Eine Gruppe des „Roten Frontkämpfer-Bundes“, die in der Nähe der Festplatzes der Faschisten vorbeimarschierte, wurde von einer Arbeiterkraft mit dem Rufe: Heil Mostal begrüßt. Dieses Wort war für die Stahlhelmer ein Signal zu einem Angriff auf die Frontkämpfer. Da die roten Frontkämpfer sich erfolgreich verteidigten, hielten die tapferen Stahlhelmer, die Landjäger herbei, die mit blanker Waffe gegen die Arbeiter vorgingen. Das Reichsbanner kam den angegriffenen roten Frontkämpfern zu Hilfe und kämpfte außerordentlich tapfer mit ihnen gemeinsam. Das soll ein Vorbild für das gesamte Proletariat in den kommenden Kämpfen gegen die monarchistische Reaktion sein.





# ZUM PFINGSTTAUSCHFLUG



brauchen Sie gut sitzende und elegante Schuhe

## BRAUNE SALAMANDER

sind hervorragend in Passform, Eleganz und Preiswürdigkeit.



# SALAMANDER

**Ich wähle,**  
wenn es regnet, nur  
**Heinzel-**  
Schirme, die sind gut  
und billig zu haben bei  
**Schirm-Heinzel**  
Leipziger Straße 98/99  
1835 Steinweg 19 a

**Wohin zu Pfingsten?**  
Nach der \*1659  
**Heimkehr!**  
Bekanntmachung  
(Südbahn)

**Kirschenverpachtung**  
Der diesjährige Kirschenanbau der  
Gemeinde Gemmlitz (Voo-Landstraße  
und früher Köstliche Reihe) soll am  
Mittwoch, dem 3. Juni, nachm. 5 Uhr,  
im Abenigen Bahnhof öffentlich  
meistbietend verpachtet werden. \*1660  
Bedingungen im Termin  
Sennewitz, den 27. Mai 1925  
Der Gemeindevorsteher

## Fröhliche Pfingsten

**Rahma**  
MARGARINE  
buttergleich

Kinderzeitung  
"Der kleine Coco" gratis  
Preis 1/2 Mk 50/-

Neu erschienen: „Fips“ Lachzeitung für Hebe kleine Kinder

**Herren-Hüte**  
Mützen 1658  
**! jetzt billiger !**

Wollhüte	8,50	5,00	7,00	6,00	5,50
Haarhüte	11,00	19,50	17,00	16,50	13,50
Sporthüte	7,50	9,80			
Sportmützen	5,50	5,00	4,00	3,00	2,50
Klubmützen	8,00	2,50	6,80	5,50	4,50
Fliegermützen	2,50	3,00	3,00	2,70	

**Franz Zent**  
Gr. Klausstr. 1 neb. d. Kaiserstraße  
Kleiner Berlin 2  
Merseburger Straße 161  
Jeit auch im neuen Geschäft  
Leipziger Straße, Ecke Poststr. 1.

**Hamster**  
kauft häufig zu höchsten  
Marktpreisen 1665

**Fehler & Bergenda**  
Unterstraße 3, Tel. 2841

**Radfahrer! Achtung!**

Wir führen gute Ware zu möglichst  
billigen Preisen  
Sämtliche Fahrrad- & Ersatzteile  
Mäntel, Schläuche  
in ständig großer Auswahl  
berren- und Lamenräder billigst  
Wartung sämtlicher Reparaturen  
schnell und preiswert

**Fahrrad-Vertrieb**  
„Saale“  
743

Inhaber: H. Herrmann  
Weißfels, Nicolaistr. 33  
Kein Laden, Verkauf nur im 90!

**Zeitungsträger**  
für Unter-Epberkt ist gesucht  
Nur gewissenhafte Bewerber  
mollen sich bei Herrn Richard  
Kramer, Unter-Epberkt  
melben

Zum sofortigen Antritt suchen  
wir einen 739

**Lagerhalter (in)**

Meldungen an den Vorstand  
des Konsumvereins für  
Wittenberg und Umg. eGmbH.

**Bekanntmachungen**

Nach der Anordnung des Herrn  
Regierungs-Präsidenten in Weimar vom  
15. Mai d. S. ist die Beschäftigung  
von Arbeitern (Schleifen und Drehlingen)  
im Baubetrieb und Feinzeugwerke an  
Sonn- und Festtagen künftig nicht mehr  
gestattet.  
Die Anordnung tritt sofort in Kraft  
Zusammenfassungen werden befristet  
Esleben, den 23. Mai 1925  
Die Polizeiverwaltung, I. S. Wollgast

Wir machen die hiesigen Arbeitgeber  
darau aufmerksam daß die Beschäfti-  
gung ausländischer Arbeiter und Ar-  
beiterinnen nur zulässig ist, wenn sich  
diese im Besitze ordnungsmäßiger Legi-  
timationskarten der Deutschen Arbeiter-  
senatrate, Berlin, befinden  
Anträge auf Ausstellung solcher Karten  
sind bei uns zu stellen  
Zusammenfassungen werden mit Gebüh-  
ren bis zu 100.000 Reichsmark und über  
mit Gefängnis bis zu 6 Monaten ge-  
ahndet.  
Esleben, den 23. Mai 1925  
Die Polizeiverwaltung, I. S. Wollgast

## Billiges Pfingst-Angebot

Wunderhöne Anzüge zu niedrigen Preisen  
in enormer Auswahl  
19,- 24,- 29,- 34,- 39,- 49,- 59,- 69,- 79,- 89,- Mk.  
Jeder Geschmack, jede Größe findet das Richtige!

**Gummi-Mäntel** 788  
alle Farben 14,- 19,- 24,- 29,- 34,- 39,-

**Schweden- und Covercoat-Mäntel**  
feine, vornehme Stücke 29,- 49,- 69,- 79,- 99,-

Sundernde von Knaben-Stoff- u. Waidanzügen zu Spottpreisen

**Edmund Gottheil**

Weißfels  
Das altbekannte Spezialgeschäft der guten,  
fertigen Herren- und Knaben-Bekleidung

## Für die Festtage

kaufen Sie Ihre sämtlichen  
**Lebensmittel**  
speziell zum  
Baden und Braten  
sowie für  
**die Keife**  
am billigsten und besten  
nur bei 785

**Hermann Hollstein**  
Lebensmittelhaus  
Weißfels a. d. S.  
Hauptgeschäft: Marienstraße 9  
Zweiggeschäft: Nicolaistr. 17

Die Qualitäts-  
**Krawatte**  
steht  
preiswert  
und gut  
in reichster  
Auswahl  
bei  
**M. Bruckebusch**  
Halle, 2/5  
Gr. Ulrichstr. 37

**Geschäfts-Eröffnung**  
Eine geübten Einwohnerschaft von Theisen und Um-  
gebung zur gefälligen Kenntnisnahme, daß ich am heutigen  
Tage, anstehend an mein Herren-Feinzeuggeschäft, ein  
**Damen-Feinzeuggeschäft**  
eröffnet habe.  
Um gültige Unterstützung bitten  
**Otto Beyer und Frau, Theisen**

mit den Massen der Konsumanten  
in fester Verbindung sein, wenn Sie  
einen schnellen und hohen Umsatz  
erzielen wollen. Die große Masse  
der Käufer konzentriert sich aus der  
Arbeiterklasse, den Angestellten und  
Beamten. Die kommunikativen Presse  
ist in diesen Kreisen die führende.  
Benutzen Sie diese Gelegenheit zum

## Inserieren!

**Familien-Nachrichten**

**Todesanzeige**  
Heute morgen 7 Uhr starb im  
hiesigen Krankenhaus meine liebe  
Frau, unsere liebe Tochter und  
Schwester, Frau  
784  
**Frieda Lude geb. Arbs**  
im Alter von 22 Jahren  
Dies zeigt an  
**Alfred Lude nebst Verwandten**  
Weißfels, den 26. Mai 1925  
Georgenberg, 6  
Die Beerdigung findet am Freitag  
nachm. 1/3 Uhr von der Leichenhalle  
aus statt

## Rußland!

Offizieller Bericht der englischen Gewerkschafts-Delegation nach Rußland, November-Dezember 1924  
ist loeben erschienen. (Das hochinteressante Werk umfaßt über 300 Druckseiten im Oktavformat,  
mit vielen Bildern und Karten. Ladenpreis 2,70 Mark, bei Vorbestellung durch die Bezirks-Zentral-  
buchhandlung und deren Filialen der Produktiv-Gesellschaft, Leichenfeldstraße 14, nur 1,80 Mark)

# Klassenkampf

## Gewerkschaftsbewegung

### ADGB. und Bericht der englischen Gewerkschaftsdelegation über Sowjet-Rußland

Der Bericht der englischen Gewerkschaftsdelegation über Sowjet-Rußland ist nun herausgegeben und durch eine Broschüre des Russen deutschen Verlages, Berlin W 8, Unter den Linden 11, jedem Arbeiter zugänglich.

In der neuesten Nummer der von Theodor Leipart herausgegebenen Gewerkschaftszeitung „Die Arbeit“ wird dieser Bericht von G. R. W. A. G. L. E. R. besprochen. Um darauf hinzuweisen, wie wichtig das Studium des Berichtes für jeden Arbeiter ist, wie wenig denn das bisherige Bild des Sowjettums selbst in leitenden ADGB-Kreisen genommen wird, stützen wir aus der Besprechung die „Arbeit“ zur folgende Sätze:

„Es ist eine überflüssige und lehrreiche Darstellung russischer Sprache, Wirtschaft, Transport, Handels, Armees, Rechts, Industrie, Kultur, Hygiene, Wohnungs, Arbeit, Lohn, Organisations- und Gesundheitsverhältnisse... jedem zum Studium zu empfehlen.“

Wichtig ist auch die ADGB-Kritiker auf seine Beanstandungen. Wichtig heißt es:

„Das Buch ist gut und wertvoll, aber alles andere als ein „Reisebericht“.“

Der Kritiker vermißt nämlich farbiger, persönlicher Einblicke, diese „Reiseberichte“, wie sie kleinere Werke anderer Verfasser über Sowjet-Rußland aufweisen. Die „Gewerkschaftszeitung“ vom 23. Mai nimmt in ähnlicher Weise Stellung.

Dem Mangel kann leicht abgeholfen werden, indem der ADGB selbst eine Delegation nach Sowjet-Rußland schickt und das nachfolgt, was er in den Schilderungen der Engländer vermisst. In allen Gewerkschaftsversammlungen muß mit großem Nachdruck die Forderung erhoben werden, daß der 12. Deutsche Gewerkschaftskongress eine Gewerkschaftsdelegation nach Sowjet-Rußland schickt, die zwecklos sehr zur Förderung der gewerkschaftlichen Einheit dienen würde.

### Die holländischen Bauarbeiter im Kampfe um ihre alten Rechte!

Die holländischen Bauarbeiter beschloßen am Montag, dem 25. Mai, in einer öffentlichen, im großen „Hollspoor“-Saal stattgefundenen Bauarbeiterversammlung, für ihre alten Rechte zu kämpfen. Es wurde einstimmig folgender Beschluß gefaßt: „Am Dienstagabend geht auf allen Baustellen die Arbeit, die Kasse und Steinträger tragen nur die Hälfte der bisherigen Kosten, bis die Unternehmer sich bereit erklären, über die gestellten Forderungen zu verhandeln.“ Die Forderungen betragen für diese Kategorien 50 Prozent über den jeweiligen Marktwert.

Kollegen, laßt auf allen Baustellen dafür, daß dieser Beschluß teljes durchgeführt wird. Die Kollegen vom ADGB fordern wir auf, diesen Beschluß zu unterstützen zu machen, damit sie ihren Kollegen nicht in den Rücken fallen. Verlangt sofort eine Versammlung von eurem Vorstand und nehmt diesen Beschluß ebenfalls für Euch in Anspruch. Werdet keine Eizreidrecher!

### Metallarbeiter-Anträge zum Gewerkschaftskongress

In Zeit hat die am 23. Mai tagende Mitgliederversammlung des ADGB, folgenden Antrag einstimmig angenommen:

„Die heutige Mitgliederversammlung des ADGB, Verwaltungsstelle etc., fordert den Hauptvorstand des ADGB, auf dem Kongress in Breslau sich für folgende proletarische Forderungen einzusetzen:

1. Durchführung des Volksentscheides betr. Eroberung und Kampf für den achtstündigen Normalarbeitszeit.
  2. Befreiung der Arbeitszeit der jungen Personen vom 14. bis zum 18. Jahr auf jedes Stunden täglich.
  3. Genüßung einer ununterbrochenen Ruhezeit von mindestens 40 Stunden in jeder Woche.
  4. Zulassung von russischen Gewerkschaftsvertretern zum Gewerkschaftskongress in Breslau.
- Weiter war die Mitgliederversammlung so schwach besucht, daß hier einmal ein Wort an sämtliche Metallarbeiterkollegen gerichtet werden muß.
- Kollegen, so wie bisher kann es nicht mehr weitergehen. Wenn schon im Sommer alle Verammlungen schlicht besucht werden, so muß doch mit dieser Schamperet ein Ende gemacht werden. Mit

### Aus dem Rußland-Bericht der englischen Gewerkschaftsdelegation

(Fortsetzung.)

Während unserer Forschungen wurden wir von Sachverständigen unterrichtet, die Rußland kennen und die Sprache sprechen konnten, die während in Rußland gelebt hatten und über richtige Einstellungen gut unterrichtet sind. Wir waren daher nicht, wie es viele Kritiker gesagt haben, den von der russischen Regierung ernannten Führern und Dolmetschern auf Gnade und Ungnade ausgesetzt.

In diesem Zusammenhange wünscht die Delegation einhellig, ihre Anerkennung auszusprechen für die Dienste der beratenden Delegierten, deren amtliche Schulung und Ueberlieferung es der Delegation ermöglicht haben, den Charakter eines offiziellen Berichtes herauszugeben. Im folgenden allgemeinen Absatz wurde das Kapitel VI über die Armee von Kapitän Greenfield vorbereitet; die Kapitel I bis einschließlich V und Kapitel VII von Teil I (Das Regierungssystem der Sowjets) wurden von Young vorbereitet; die Kapitel VIII, IX und X des Teiles II (Das Gesellschaftssystem der Sowjets) von Macdonell. Der Bericht über die Beschäftigung der Arbeiter und der Bericht über Transaktionen wurden von Young unter Aufsicht von Macdonell vorbereitet. Der Bericht über den „Sinowjew-Ziel“ wird besonders vermerkt. Alle diese Berichte stellen die einmütigen Schlußfolgerungen dar, zu denen die Delegierten gelangt waren, bevor sie Rußland verließen.

- Herbert Smith,  
Ben Killest,  
John Kurner,  
John Bromley,  
Alan Hindley,  
Albert Buxell (Vorstandsmitglied),  
Fred Bramley (Sekretär).

### II. Kapitel Arbeitergesetzgebung

Konstitution. Obligatorische Arbeit wurde in der Verfassung von 1918 eingeführt und in der ersten Zeit nur teilweise in der Praxis erzwungen. Aber die Pflicht der städtischen Arbeiter in die Decker vor dem Mangel in den Städten und vor der Notwendigkeit für die „Kriegsfronten“ veranlaßte eine allgemeine

diesem Schlagwort: „Je ich weiß ja doch schon alles“ ist nicht getan! Arbeit müßte für jeden und zu allen Zeiten gehören auch Verammlungen. Mit den oppositionellen Kollegen sieht es nicht anders aus. Wie die Kollegen die Gewerkschaften revolutionieren wollen, kann man sich gar nicht vorstellen. Vielleicht glaubt man, hinterm Ofen läßt sich besser streiten. Also in Zukunft fast seiner selbst!

### Der Ortsauschuß Wittenberg für gewerkschaftliche Einheit

50 Mark der „Roten Hilfe“ überreichten

Am 22. Mai tagte das Wittenberger Ortsarbeitsrat unter mäßiger Beteiligung. Von 34 Mitgliedern waren 24 anwesend. Es fehlten so ziemlich alle SPD-Kollegen. Nachdem Kollege Schaeffer einen Bericht von den Kollegen verlesen hatte, wurde beschlossen, zum nächsten Jahre einen Kollegen ins Berufsqualifikationsrat zu delegieren. Nach Betriebsanfällen wurde der Meinung Ausdruck gegeben, daß Betriebsräte auf einen Fall ihre Zustimmung zur Errichtung geben könnten. Die Unternehmer verlangen damit nur den Zweck, die Arbeiterhaft noch mehr unter ihre Vormachtigkeit zu bringen. Diese Erfahrung hat uns die Stadtkassenkassette schon gebracht.

Zum 14. April werden die Kollegen Chemnitz, Schaeffer und Th. P. 50 Delegationen gewährt.

Zur Kartierung ist eine Einnahme von 430,80 Mark gegenüber einer Ausgabe von 181,25 Mark zu verzeichnen, so daß ein Ueberschuß von 249,55 Mark zu verzeichnen ist. Davon wird den mitwirkenden Sportartellen Wittenberg und Pleieritz, sowie dem Arbeiter-Samariterbund je 25 Mark und der „Roten Hilfe“ 50 Mark überreicht.

Unter Verschiedenem wird vom Kollegen Schach der Antrag eingebracht, eine Delegation zum Thomas-Münchertag nach Eisenhütten zu schicken. Dazu wird Kollege Schröder-Pleieritz gewählt.

Für die Einheit der Gewerkschaften sprach Kollege Bode (SPD). Er erklärte, daß er nicht nur die Resolutionen der Gewerkschaften zu unterstützen, die besagen soll, daß die ausgeschiedenen Mitglieder Wehne und Hilbernd wieder aufgenommen werden und daß der ADGB, nach dem Vorbild der englischen Gewerkschaften mit der Roten Gewerkschaftsinternationale in Beziehung tritt, um endlich die gewerkschaftliche Einheit zu bringen.

### Das Kreisgewerkschaftsamt Mansfeld überreicht uns zur Veröffentlichung folgenden

Unter:

Die Welt hat ihre Senation. Sindenburg ist als Reichspräsident gewählt. Die nationalistischen und sonstigen sogenannten vaterländischen Organisationen haben Mat bekommen, unbedeutend kann sich kein anders denkender Mensch auf der Straße sehen lassen.

Der Sieg mußte gefeiert werden. Kaufmannsleute, Schwarzweitzer Frauen (wenn auch dürftig) mußten diesen nach außen beobachten.

Die Arbeiterhaft hat hiermit nichts zu tun. Es gibt ihr aber zu denken. Die Gehaltsliste, mit wenigen Ausnahmen, machten keinen Unterschied. Sie werden und können sich auf die Seite der Arbeiter stellen. Sie überlassen sich im Nummern und hüllen Schwarzweitzer Frauen. Wir fragen: Hat die Arbeiterhaft noch mit diesen Gehaltslisten etwas zu tun? Nein, und abernas! nein.

Wir fordern die gesamte Arbeiterhaft auf, diese Sorte Gehaltsliste zu machen und ihren Bedarf nur in den Konsumvereinen zu decken.

Weidert die Leute und geht nur dort hin, wo Ihr hingehört: In die Konsumvereine.

Wir machen es der gesamten Arbeiterhaft zur Pflicht, die Konsumvereine zu unterstützen gegenüber den monarchistisch eingestellten Gehaltslisten.

Hebt Disziplin!

Gewerkschaftsamt Eisenhütten.  
E. P. K. o. s. i., Vorsitzender.

Geldbescheidlich stehen wir Kommunisten auf dem Standpunkt, daß die Arbeiterhaft im Konsum organisiert sein und nur dort kaufen muß. Aber die Gehaltslisten, die durch die reformistische Gewerkschaftsorganisation vollständig ihren Klassenkampfcharakter verloren haben, müssen durch die Mitgliederhaft in einen Organ gemacht werden, das — um die Interessen der arbeitenden Klassen zu vertreten — Konsum ausgenommen Massen wirklich zu vertreten. rücksichtslos gegen kapitalistische Interessen den Kampf gegen die Zoll- und die Dames-Steuerpolitik.

Mobilisierung der Arbeitskräfte in einem Dekret vom 29. Januar 1920. Darauf wurden die Arbeitskräfte für eine kurze Zeit ausgeschoben. Das Arbeitsministerium verteilte sie, ohne auf die persönliche Eignung oder auf die persönlichen Wünsche des Arbeiters mehr Rücksicht zu nehmen, als ob er Soldat gewesen wäre. In der Zeit wurden Teile der Arbeiter Armee für die Produktion der Nahrung, Brennstoffe und Kampfern veranlaßt. Das Ergebnis war aber ein sehr schlechtes. Die Arbeit der Arbeitsarmee wurde größtenteils verstreut, und ihre Güter in ungenügenden Unternehmungen erschöpft. Großes Elend und viele Todesfälle wurden durch schlechte Organisation herbeigeführt. In der Zeit wurden die Unmündigkeiten und die Mißbräuche des Experimentes, die in amtlichen russischen Veröffentlichungen bloßgestellt wurden, eine der Hauptursachen des Konflikts mit der Bauernschaft und der Einführung der Neuen Wirtschaftspolitik ein Jahr später im März 1921.

Die Neue Wirtschaftspolitik brachte bald eine völlige Aenderung in den Arbeitsbedingungen hervor. Auf der Seite des Kommunismus im Jahre 1920 war der Arbeiter praktisch ein Ausgeborener in einer Industriearmee. Er erhielt keine Rationen ohne Rücksicht auf seine Dienste. Er erhielt seine Arbeit ohne Rücksicht auf seine eigenen Wünsche oder Fähigkeiten. Er durfte nicht mehr, und er tat daher so wenig wie möglich. Die Arbeit war zum Teil eine Frage des Gewissens, zum Teil eine Frage der Notwendigkeit. Seit ist sie wie anderswo ein Bedarfsgegenstand, dessen Wert durch Nachfrage und Angebot bestimmt und durch lokale Gelegenheit geregelt wird.

Freier Vertrag. Die erste Aenderung war die Umwandlung der Konzeption der Bauernarbeit in eine Probe, und diese Steuer in der Form von Arbeitsleistung wurde innerhalb eines Jahres an einer Steuer in Bargeld. Zugleich machte die Wiedererrichtung von Privatunternehmen und Staatsunternehmungen auf kaufmännischer Grundlage die Zwangsarbeit unmöglich und freie Vereinbarungen unvermeidlich. Ein Dekret vom 3. November 1921 schaffte daher die obligatorische Bauernarbeit in allen Staatsunternehmen ab. Aber die obligatorische Arbeit wurde aus Furcht einer allgemeinen Flucht von Regierungsunternehmen in staatliche Unternehmungen im Prinzip in weitem Maße aufrechterhalten; und sie wurde vom Arbeitsministerium so angeordnet, daß sie die Regierungsunternehmen bei ihrer ersten Konzentration mit dem Arbeiterbewegungsgesetz. Die Gewerkschaften waren jedoch entschlossen, die volle Vertragsfreiheit zu übernehmen, und der 5. Kongress im Jahre 1922 ratifizierte sie einseitig. Das Arbeitsgesetz vom Jahre 1922 bekräftigte die obligatorische Arbeit auf „Basis einer allgemeinen Art“, bekräftigt sie also im Prinzip bei und schaffte sie dabei in der Praxis ab.

für billige Produktionsmöglichkeiten (Arbeiterkontrolle der Produktion) aufzunehmen.

Der Kampf des Gewerkschaftsamt Eisenhütten und der Gewerkschaften überhaupt kann und darf sich aber nicht richten in erster Linie gegen die kleinen Kaufleute und sonstigen Kleinbürger, das Schweregewicht muß liegen auf dem Kampf gegen die großen Kapitalisten, die den Ruin der Arbeiterhaft und der freien Mittelklassen in Stadt und Land durch ihre rücksichtslose Profitlust verursachen.

Wenn der Anruf des Mansfelder Arbeitsamtes seine einzige und Hauptstellungnahme zu der vorhandenen monarchistischen Konterrevolution ist, so ist das eine totale Sabotage und sogar Verhinderung des notwendigen Kampfes. Der Kampf gegen die brutale Unterdrückung der wertigen Massen ist nicht mit dem Einfuhr im Konium erledigt. Der Kampf muß bei den Punkten einziehen, die in den Forderungen des Offenen Briefes der ADGB, der SPD, und ADGB, aufgeführt sind. Wenn das Eisenhütten Amt wirklich gegen die monarchistische Gefahr kämpfen will, dann muß es offen und klar aussprechen, wie es zu den Forderungen des Offenen Briefes steht.

### Die Berliner Staats- und Gemeindearbeiter für die Gewerkschaftseinheit

Am 22. Mai tagte in Berlin eine außerordentliche Generallversammlung des Staats- und Gemeindearbeitervereins. Dort wurden folgende fünf Anträge aus verschiedenen Betrieben einstimmig angenommen:

1. wird eine Reichsleitung der Gas-, Wasser- und Elektrizitätsarbeiter innerhalb des Verbandes verlangt;
2. soll die Streikunterstützung bei Pensionären auch für deren Ehefrauen gesamt werden;
3. wird verlangt, daß die Gewerkschaften gegen die Lohnsteuer unter Einsatz aller Kräfte den Kampf führen sollen.
4. Die Delegierten zum Gewerkschaftskongress und zu den internationalen Kongressen sollen durch Urwahl gewählt werden.
5. Eine Resolution für den Verbandstag, die besagt, daß der Verbandstag den Zusammenfluß der Amsterdamer und Moskauer Gewerkschaftsinternationale fordert.

### 30. Juni-Jugendkongress

Am 28. und 29. Juni findet in Wiesbaden ein Reichskongress der 30. Juni-Jugend statt. Die Kommunistische Jugend muß dafür sorgen, daß die Tagung endlich dem ausschließlichen „Unterhaltungs“-Treiben in der 30. Juni-Jugend ein Ende macht und die wirtschaftlichen, kulturellen und gesundheitslichen Interessen der Jugend wirklich wahrgenommen werden. Die gesamte 30. Juni-Jugend muß anlässlich dieser Tagung Stellung nehmen und sich um die Kampfforderungen äußern, die jenseitig das Reichsjugendkongress aufgestellt hat und die noch heute die konfusen Kampfesparolen der arbeitenden Jugend sind:

1. Allgemeine Lohnerhöhung um 50 Prozent, keine Unterbesoldung zwischen jung und alt! Gleichen Lohn für gleiche Arbeit! Für Bezahlung als Mindestlohn
- in ersten Bejahr . . . . . 30 Prozent  
in zweiten Bejahr . . . . . 50 Prozent  
in dritten Bejahr . . . . . 75 Prozent  
im vierten Bejahr . . . . . 90 Prozent
- des Lohnes eines einjährigen Arbeiters.
2. Gegen jede Arbeitsverlängerung, achtstündiger Arbeitstag für alle Arbeiter, sechsstündiger Arbeitstag für Jugendliche bis 18 Jahre. Belegung der Schulzeit in die Arbeitszeit und Bezahlung der Schulstunden.
3. Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung bis zum Existenzminimum. Einstellung jeglicher Entlassung, Einziehung der Erwerbslosen in den Produktionsprozess, Gewährung eines vierwöchigen Urlaubes.
4. Kämpfe gegen jeglicher Lohnsteuer.
5. Kampf gegen die Einziehung der Arbeitslosenpflicht.
6. Kollaps der wirtschaftliche und politische Gleichberechtigung der Jungarbeiterhaft.
7. Gegen den Dames-Plan — für die Sozialisierung, für das Sachverhaltsgegenstände der Arbeiter!
8. Für die nationale und internationale Einheit der Gewerkschaftsbewegung auf dem Boden des Klassenkampfes!
9. Schöpfer Kampf gegen die Entlassung von Bechlingen bei Beendigung der Bejahr.

Daraufhin wurde die Arbeitskraft auf die Grundlage eines freien Begehrens gestellt, die Regelungen des üblichen Charakters und gegebenenfalls kollektiver oder dringlicher Vereinbarung unterworfen ist. Diese „freiwillige Verpflichtung“ (siehe § 9 des Gesetzesbuches) ist durch Arbeitsvermittlungen durchzuführen. Aber es sind in viele Ausnahmen vorgesehen, daß praktisch nichts eine direkte Arbeitsaufnahme hindert, die jedoch eingetragen werden muß. Der Unternehmer hat, dem Vertrage unterworfen, das Recht zur Entlassung im Falle von:

- a) Vollständiger oder teilweiser Stilllegung;
- b) Ablauf der Arbeit oder Vertragszeit;
- c) Fernbleiben von der Arbeit oder offensichtlichler Unfähigkeit.

Es ist aber eine Kündigungsfrist von mindestens 14 Tagen notwendig, und der Beschäftigte kann sich mit einer Selbstverbe auf die dringliche Arbeitsabteilung wenden.

### Wiederherstellung der Löhne

Die Demobilisierung des Kriegskommunismus unter der Neuen Wirtschaftspolitik brachte eine allmähliche Rückkehr zu Geldlohn. Die Wiederherstellung eines Wirtschaftssystems, das auf Geld und freiem Handel von Lebensmitteln aufbaut, ist möglich, wenn Rationen nicht länger notwendig. Aber, da die Industrien die bei ihnen Beschäftigten nicht erhalten konnten, wurde eine ganze Reihe von Systemen von Zulüssen zu ihrem Lohnfonds in solcher Folge verurteilt. Diese Systeme, so vollständig sie in einer Zeit der unentbehrlichen Wahrung waren, dienten dazu, über den schwierigen Übergang, den Arbeiter zu demobilisieren und ihn wieder von seinem eigenen Verdienste abhängig zu machen, hinzuzuführen.

Der 4. Allrussische Gewerkschaftskongress im Mai 1921 empfahl, daß die Löhne wieder auf Kollektivverträgen gegründet werden sollten.

### Kollektivverträge

Der Abschluß von Kollektivverträgen begann ungefähr im April 1922 und wuchs so schnell an, daß der Staat Schwierigkeiten hatte, sie in sein gesetzliches System zu bringen. Die Gewerkschaftskongress gegen die Pflicht des Obersten Reichswirtschaftsamt beschlossen, daß diese Verträge nicht obligatorisch sein sollten, da dies einer Rückkehr zur staatlichen Regulierung der Löhne gleichkommen wäre. So wurde der Versuch der Gewerkschaftsorganisationen von Macdonell, den Privatunternehmen einen Vertrag aufzuzwingen, von Moskau hinter. Die Verträge werden als „freie Verträge zwischen Gewerkschaften und Unternehmen zur Bestimmung des Inhalts der sich daraus ergebenden individuellen Arbeitsverträge“ definiert.

(Fortsetzung folgt.)

# Der Sturm auf die Universitäten gegen die Professoren Gumbel und Lefling

Die „Deutsche Tageszeitung“ meldete gestern folgendes:  
 In einem mit allen Stimmen gegen eine gefassten Beschluss spricht die philosophische Fakultät der Universität Heidelberg, nach einem Beschlusse, aus, daß Dr. Gumbel durch sein Verhalten in allen Kreisen der Universität harten und berechtigten Anstoß erregt, daß er die nationale Empfindung tief gekränkt hat. Das Gutachten der philosophischen Fakultät ist einseitig, denn Dr. Gumbel u. a. der Untersuchungsaußenrat, der die „ausgesprochenen Demagogentat“ machte. Es müßte dahingestellt bleiben, inwiefern er daneben auch über diejenigen Gaben verfüge, die die Voraussetzung lehrerbildender wissenschaftlicher Arbeit bilden; so viel sei aber fest, daß in seiner politischen Tätigkeit auch nicht der leiseste Hinweis auf wissenschaftliche Qualitäten zu finden ist. Stimmte es hier neben einem erheblichen Mangel an Objektivität und Unparteilichkeit zu einem vollkommenen Mangel an Objektivität und Unparteilichkeit zu.

Die Fakultät steht in ihrer Gesamtheit gegen die korporative Solidarität eine Gefahr für ihr einseitiges Wirken. Die Fakultät steht sich daher gegenüber, auszusprechen, daß ihr die Zugehörigkeit Dr. Gumbels zu ihr als durchaus unvorteilhaft erscheint.

Der Reichsverband der Sozialisten hat sich die nationalpolitische Bewegung in Hannover mit einem Artikel des bekannten Professors Lefling über die „Bürgerliche Revolution“ in D. Professor Lefling, als dieser von dem Reichsverband der Sozialisten standhaft nominiert wurde. Dieser Artikel war ganz gewiß keine Kampfanlage gegen den ehemaligen hiesigen General und jetzigen Reichspräsidenten. Professor Lefling ist wohl ein radikaler Bürger, aber kein überzeugter Klassenkämpfer. Der Artikel ist nun zum Anlaß genommen worden, eine geradezu ungläubige Hese leitens der nationalpolitischen Studentenschaft und des akademischen Lehrkörpers gegen ihn zu inszenieren. Die nationalpolitische Presse sieht Professor Lefling schon lange mit feindlichen Augen an und möchte ihn von der Hochschule entfernen.

Vor kurzem nun hat die hannoversche Studentenschaft eine Besammlung einberufen, in der die Stellung gegen den Professor Lefling genommen wurde. Die Ausführungen des Professors Lefling laß sich zu widerlegen, waren die Studenten nicht in der Lage. Sie versuchten deshalb, auf Umwegen Professor Lefling von seinem Lehrstuhl zu entfernen, indem sie ihn als einen geistig minderwertigen Menschen bezeichnen und die „Unwissenschaftlichkeit“ Leflings nachweisen wollten. Schwierigste waren in dieser Besammlung eine große Anzahl von Professoren anwesend, die sich in die gleiche Front mit der schwarzweißen Studentenschaft stellten. In dieser Besammlung wurde von hochgestellten Studenten behauptet, daß Professor Lefling die geistigen Anforderungen, die ein Dozent besitzen müßte, nicht habe. Das absurdeste dabei war, daß der betreffende Referent in der Studentenerammlung behauptete, das Buch „Kamerad Herz“ (eine publizistische Veröffentlichung von Lefling) sei eine Verkörperung der Kräfte, dabei aber selbst zugab, daß Buch noch nicht gelesen zu haben. Eine derartige wissenschaftliche Beweiskraft ist zu bilden, als daß man sich damit länger befassen soll.

Die Attacke gegen Professor Lefling geht immer weiter: Man verhindert ihn an seinen Vorlesungen, man macht Vandalendemonstrationen vor seinem Hause. Die dümmsten und lächerlichsten Flugblätter werden herausgegeben und man ludt mit aller Gewalt eine Demonstration gegen Lefling zu inszenieren. Die Universität steht wohlwollend zu und verduftet mit allen Mitteln, Lefling aus seinem Amt zu entfernen.

Das sind wieder einmal zwei skandalöse Fälle. Den Professor Gumbel, der bekanntlich Kurze ist und vom Proletariat sehr nützlich war durch seine Schrift „Der Jahre Woz“, die späterhin selbst vom

bayerischen Justizministerium als vollkommen mit den Tatsachen übereinstimmend gekennzeichnet wurde, verurteilt man mit allen Mitteln von seinem Lehrstuhl bananzulassen. Auch wenn man sich vorerst noch hütet, diesen Schritt zu tun, weil doch Heidelberg den Nimbus der „überaussten deutschen Universität“ hat, so wird es im Endeffekt doch darauf hinauslaufen, daß man dem Professor Gumbel die Dogenur entzieht. Wie unangenehm der philosophischen Fakultät die aufständischen und getadelten Behauptungen Gumbels gemeldet sind, bezeugt sich durch ihre Kritik des „Demagogentums“ von Gumpel.

Professor Lefling, der durch viele hiesig-philosophische Werte weitbekannt ist, ist in der letzten Zeit u. a. als Vorkämpfer im Haarmann-Projekt aufgetreten. Er hat damals die Gerichtsmethoden auf das härteste geübt, was den Gerichtspräsidenten veranlaßte, Professor Lefling aus dem Gerichtssaal zu verweisen.

Beide Professoren sind Sozialdemokraten bzw. stehen der Sozialdemokratischen Partei nahe. Was sie von den anderen sozialdemokratischen Professoren auszeichnet, ist die Tatsache, daß sie persönlichen Mut besitzen, und wenn es darauf ankommt, auch für ihre Überzeugung stehen können. Zur selben Zeit, wo man verurteilt, die nur noch in sehr geringem Maße vorhandenen Professoren, die den Mut zu ihrer Überzeugung haben, bananzulassen, erkennt die reaktionäre Universität, nämlich die Münchener Universität, den Sozialdemokraten David zum Ehrenbürger und die illustrierte Zeitschrift der SPD-Breite bringt noch Holz sein Bild mit dem Signum Doktor honoris causa (ehrenhalber). Der Sozialdemokrat David ist bereits, während des Krieges so beliebt, sich im Großen Hauptquartier aufzuhalten. Seine „wissenschaftlichen“ Sporen hat er sich durch den Revisionismus verdient, besonders durch seine Polemik gegen den damals noch „revolutionären“ Kautsky in der Agrarfrage.

Die Reaktion droht die letzten aufrechten Menschen von ihren Posten zu vertreiben. Das „Wert“ des sozialdemokratischen Kultusministers Hähnlich oder besser das Nichtstun dieses Herrn in der politischen Säuberung der Universitäten trägt seine reiden Früchte.

## Eine sowjet-russische Zeitung in Paris

Nach einer Pariser Postmeldung vom 5. Mai ist in Paris die erste Nummer des Blattes „Pariser Woz“ erschienen. In der Zeitung sind die Rubriken über Arbeiterleben und Bauernleben in Sowjet-Rußland ausgesprochen gut gemacht. In den Kreisen der Emigranten hat ein in der Zeitung veröffentlichter Artikel eines der Führer des Bauernbundes aus dem Jahre 1905, Marjurenkos, einen großen Eindruck gemacht. Marjurenko erklärt, daß keine andere Macht außer der Sowjetmacht sich länger als einen Monat bei der jetzigen Lage und der Stimmung der Bauernschaft zu halten weiß.

## Achtung, Gemeindefreier und -arbeiterinnen von Halle!

Um allen Mißverständnissen Rechnung zu tragen, rufen wir heute alle in hiesigen Betrieben Beschäftigte auf, jede Arbeit bei der Straßenbahn abzulehnen. Der Kampf des Fahrpersonals der Straßenbahn ist auch unser Kampf. Wir haben freigelegte Solidarität zu üben. Der Streit wird von den interessierten Parteien gut durchgeführt, es sind alle nicht bei der Straßenbahn Beschäftigten von der Streikfreiarbeit fernzuhalten. Die Verwaltung der hiesigen Straßenbahn hat uns erklärt, daß zwangsweise Leute zum Fahrdienst nicht herangezogen werden können. Es wird nun vom Magistrat versucht, aus allen hiesigen Betrieben und Verwaltungen Leute zum Fahrdienst abzuholmanbieren. Wir fordern heutzutage Beschäftigten auf das energischste ab. Es kann kein Arbeitnehmer in dieser Arbeit gezwungen werden. Städtische Arbeiter, Abt. Solidarität und Disziplin.

Verband der Gemeindefreier und -Einsatzarbeiter.

## Heraus zum Protest gegen Zantoffs Todesurteile.

Das rezidierte Protokoll über die Todesurteile in dem Wienatatsprozeß ist dem Kriegsminister zur Begutachtung vorgelegt worden. Hieran soll das Todesurteil nur gegen Friedmann, Row und Sabogoffi bestehen bleiben. Alle übrigen werden zu lebenslänglichem Kerker begnadigt. Nach der Genehmigung des Revisionssprotokolls durch den Reichstag soll das Urteil nach einer Entscheidung des Kriegsgerichts öffentlich vollstreckt werden.

Der Zweck der vor einigen Tagen verbreiteten bulgarischen Eigenmeldungen, daß der König die Todesurteile nicht unterzeichnet habe, ist jetzt klar. Man wollte lediglich die Arbeiterchaft der Welt irreführen, um ungehindert den niederträchtigen Justizmord an Friedmann, Row und Sabogoffi wie an anderen vorgehen zu können.

Es gilt jetzt, daß alle internationalen Arbeiterorganisationen bei der bulgarischen Regierung mit Androhung der härtesten Kampfmittel intervenieren. Zantoff muß anders angefaßt werden als jeherzeit Interfer!

Es gilt jetzt, in allen Betrieben, in allen politischen Organisationen aufzuwachen und den Gewandtschaften der bulgarischen Wörber-Regierung zu zeigen, daß die Arbeiterchaft der Welt die Justizmorde, die Fortsetzung des Zantoff-Zerors, nicht dulden wird.

In letzter Stunde ergeht der Ruf: Heraus zum Protest!

## Bergarbeiter-Kongress in England

Am 22. Mai tagte in London ein Kongress der englischen Bergarbeiter, der sich im wesentlichen mit der Schwere des Lohnfrage beschäftigte.

Der Generalsekretär des Bergarbeiterverbandes der Bergarbeiter von Wien Radpool wies in einem eingehenden Referat auf die katastrophalen Lohnverhältnisse der englischen Bergarbeiter hin und beleuchtete scharf die tiefe Krise der englischen Industrie.

Das Exekutivkomitee des Verbandes hatte eine Resolution vorgelegt, die das Exekutivkomitee ermächtigt, die Untersuchungen über die Lage im englischen Bergbau fortzusetzen und für den nächsten Kongress einen ausführlichen Bericht auszubereiten.

Die Bergarbeiter von Lancashire und Wales protestierten gegen die Resolution, verlangten sofortige Aufhebung von Mindestforderungen für ein neues Lohnabkommen und eine sofort einzuleitende energische Aktion zur Besserung der Lage der Bergarbeiter. Die Resolution der Exekutive wurde mit 571 000 gegen 290 000 Stimmen angenommen.

Der Bergarbeiterführer Coel warnte in einer Rede in Leigh vor einem isolierten Kampf und forderte zur sofortigen Einleitung von Verhandlungen mit den Transportarbeitern, Metallarbeitern und Eisenbahnern auf, zwecks Herstellung einer einheitlichen Front für einen geschlossenen und energischen Kampf.

## Berichtigung zum Parteitagungsbericht

Der Druckfehlerverstoß hat uns gestern einen bösen Streich gespielt. In dem Bericht über das politische Referat der Genossin Ruth Fischer auf dem Bezirksparteitag heißt es an einer Stelle falsch: „Sie weist nach, daß das Liquidatorientum und der Opportunismus die gemeinsame Mutter von drei Kindern ist, nämlich der SPD, der Paul-Löwi-Gruppe, der Brandler-Gruppe und der Ultra-Linken.“

Jedem aufmerksamen Leser wird selbstverständlich von selbst aus dem ganzen Zusammenhang erselien haben, daß es nicht SPD, sondern KAP, heißen mußte.

# Billige Pfingst-Angebote

<b>Damen-Strümpfe</b> Kunstseide m. Florrand u. Florsohle in verschiedenen Farben Paar. .... 1,85	<b>Damen-Schlüpfer</b> Seidentritot, in allen mod. Farben, ohne Fehler ..... 3,75	<b>Badehandtuch</b> aus pa. Kräuelfloß mit Kante ..... 90,	<b>Windjacken</b> für Damen, aus kräftigem impr. Covercoat .... 14,50	<b>Windjacken</b> für Kinder, in großer Auswahl, äußerst preiswert. .... 11,50
<b>Herren-Socken</b> Baumw., gut. Qual., m. verärrt. Ferse u. Spitze, schwarz u. buntfarbt. Paar 0,75	<b>la. Schweizer Voll-Voile</b> ca. 115 cm breit ..... Meter 1,90	<b>Badelaken</b> aus la. Frottefloß, mit bunter Kante 100/150 5,25 100/100	<b>Damen-Hemdchsen</b> Seidentritot, mod. Farben, ohne Fehler 5,25	
<b>Perkal</b> 80 cm breit, für Oberhemden in mod. Streifen ..... Meter 0,88		<b>Bade-Anzug</b> schwarz, mit buntem Besatz, gute Qualität, schöne Form ..... 2,25		

## BRUMMER BENJAMIN

HALLE • GR. ULRICHSTR. 22 - 24 • RANNISCHER PLATZ